

Beschlossene Anträge vom Kreisparteitag der SPD Rhein-Neckar am 3.5.2007 in Weinheim

Antrag Nr. 12

Antragsteller: SPD-Ortsverein Brühl-Rohrhof

Empfänger: SPD-Generalsekretär, Landes- und Bundesparteitag

Der Kreisparteitag möge beschließen:

„Bremer Entwurf“ des Grundsatzprogramms, Seite 17, Unterkapitel „Verbraucher und Verantwortung“, 2. Absatz

Satz: „Erweiterte Informationsrechte ... kontrolliert werden“:

Diesem Satz sollte nachfolgen: „Bei Gesetzesverstößen muss eine zügige Bekanntgabe der Verursacher erfolgen. Die Kennzeichnung von gentechnisch veränderten Lebensmitteln hat auch beim Einsatz von Vorprodukten zu erfolgen“.

Begründung:

Die Informationsrechte der Verbraucher sind zur Zeit völlig unzureichend. Selbst bei gravierenden Vorfällen, wie z.B. dem Skandal mit Gammelfleisch wurden mehrere Tage die Namen der involvierten Firmen nicht veröffentlicht.

Lebensmittel, die gentechnisch veränderte Vorprodukte enthalten, sind ebenfalls gentechnisch verändert.